

Schmitt, Dieter

Article — Digitized Version

Von der Konfrontation zur Kooperation?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter (1975) : Von der Konfrontation zur Kooperation?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 5, pp. 248-253

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134816>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Von der Konfrontation zur Kooperation?

Dieter Schmitt, Köln

Für das Scheitern der Vorkonferenz der erdölproduzierenden und -verbrauchenden Staaten war die Teilnahme der Internationalen Energieagentur (IEA) mitverantwortlich. Vor allem Algerien richtete heftige Angriffe gegen dieses „Organ der Konfrontation“. Welche Ziele verfolgt die IEA, und wie sind sie zu beurteilen?

Die Anfang April in Paris begonnenen Gespräche zur Vorbereitung einer schon lange geforderten weltweiten Konferenz der erdölproduzierenden, der erdölverbrauchenden und der Entwicklungsländer wurden am 16. April wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten über Leitthema und Ablauf der Konferenz ergebnislos abgebrochen. Während die Vertreter der Ölförderstaaten sowie der Entwicklungsländer über die Behandlung reiner Energieprobleme hinaus eine Diskussion allgemeiner Rohstofffragen bis hin zur Initiierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung forderten, glaubten die vertretenen Verbraucherländer im Interesse der Erzielung konkreter Ergebnisse einer solchen Ausweitung der zu behandelnden Probleme nicht zustimmen zu können.

Während und nach der Konferenz wurde aber darüber hinaus deutlich, daß ein Faktum sich als außerordentlich belastend erwies und möglicherweise für das Scheitern der Vorkonferenz in erheblichem Umfang mitverantwortlich war: die Teilnahme – wenn auch nur mit Beobachterstatus – der Internationalen Energieagentur (IEA). Vor allem Algerien richtete heftige Angriffe gegen diese Institution und schloß die Aufnahme eines Dialogs zwischen der Organisation ölexportierender Staaten (OPEC) und diesem „Organ der Konfrontation“ in seiner jetzigen Form völlig aus.

Hierin wird eine Einschätzung und Ablehnung der IEA als ausschließlich gegen die Interessen der Ölförderstaaten gerichtetes „Antikartell“ deutlich, wie sie auch in der jüngsten Deklaration der Regierungschefs der OPEC-Staaten in Algier zum Ausdruck kommt¹⁾. Eine solche Beurteilung ist nur vor dem Hintergrund einer Sicht verständlich,

die den Interessen der Ölförderstaaten absoluten Vorrang einräumt, die positiven Aspekte eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Förder- und Verbraucherstaaten negiert und Aufgaben wie Vorgehensweise der IEA nur einseitig interpretiert.

Die IEA ist eine eigens im Rahmen der OECD geschaffene Institution (Sitz Paris), deren Aufgabe die Durchführung des Internationalen Energieprogramms (IEP) ist, das am 18. November 1974 in Paris mit einer Laufzeit von 10 Jahren von den wichtigsten Ölverbraucherländern²⁾ abgeschlossen wurde. Dieses Programm ist das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen der Verbraucherländer zur Lösung der gegenwärtigen Energieversorgungsprobleme. Es ist getragen von der Überzeugung, daß sich die Ziele einer sicheren Öl- und Energieversorgung zu vernünftigen und gerechten Bedingungen angesichts der abgestimmten, auf die Erfüllung lediglich eigener Zielvorstellungen ausgerichteten Vorgehensweise der Ölexportstaaten nur durch eine umfassende, internationale Zusammenarbeit der Ölverbraucherstaaten untereinander realisieren lassen.

Das Abkommen erstreckt sich im wesentlichen auf zwei Bereiche:

- Schaffung eines Krisenprogramms, mit dessen Hilfe künftige Störungen der Mineralölversorgung gemeinsam bewältigt werden können.
- Entwicklung gemeinsamer Anstrengungen zur langfristigen Reduzierung der Abhängigkeit der Energieversorgung von Mineralölimporten und Einleitung dauerhaft befriedigender Beziehungen zwischen Verbraucherländern und Erdölförderstaaten.

¹⁾ Vgl.: République Algérienne Démocratique et Populaire Mémoire présenté par l'Algérie à la Conférence des Souverains et Chefs d'Etat des Pays membres de l'OPEC, Alger, März 1975, S. 18.

²⁾ Heutige Mitglieder: USA, Kanada, Japan, EG – ohne Frankreich, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Neuseeland, Norwegen (assoz.). Zum Inhalt des IEP vgl. Bundesratsdrucksache 790/74, Bundesdruckerei Bonn.

Dr. Dieter Schmitt, 35, ist geschäftsführender Assistent am Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln.

Für alle wichtigen Beschlüsse der IEA ist ein genau festgelegter Abstimmungsmechanismus vorgesehen, der – abgesehen von wenigen, Einstimmigkeit voraussetzenden Beschlüssen – das die Handlungsfähigkeit erleichternde Prinzip des Mehrheitsbeschlusses mit Bestimmungen verknüpft, die eine zu starke Stimmenkonzentration auf einzelne Länder zu vermeiden suchen.

Das Krisenprogramm

Kernstück des ersten Teils des IEP stellen gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung zukünftiger Mineralölversorgungsstörungen dar. Wird durch die IEA der Krisenfall festgestellt – dieser ist dann gegeben, wenn eine Kürzung der Ölversorgung für die Teilnehmerstaaten als Ganzes oder einen einzelnen Teilnehmerstaat um mindestens 7% ihrer normalen Ölverfügbarkeit eingetreten ist –, so setzt ein genau festgelegtes, aufeinander abgestimmtes Krisenprogramm aus Vorratsabbau, Verbrauchsreduzierung und Ölumverteilung zwischen den Teilnehmerstaaten ein. Um dies sicherzustellen, ist jedes Land gehalten, mit dem Abbau oder Nachweis einer Notstandsreserve einen „Krisenselbstversorgungsgrad“ zu erreichen, der zunächst 60, später 90 Verbrauchstagen entspricht. Diese Krisenvorsorge kann durch Ölvorräte, durch freie Ölförderkapazitäten, aber auch durch Nachweis von Substitutionsmöglichkeiten erfüllt werden, was allerdings auch die Verfügbarkeit über Substitutionsenergieträger impliziert. Darüber hinaus verpflichten sich die Teilnehmerstaaten, Eventualmaßnahmen zur Nachfrageerosion in Höhe von mindestens 10% des Normalbedarfs vorzubereiten. Im konkreten Krisenfall wird das noch verfügbare Öl aus verbleibenden Importen und Förderung der Mitgliedstaaten in ein gemeinsames Ölverteilungssystem eingebracht, aus dem jedes Land einen individuellen Versorgungsanspruch erhält, sofern es der vorgesehenen Verbrauchsreduzierung und Inanspruchnahme der Notstandsreserve nachgekommen ist.

Die Durchführung der Ölzuteilung obliegt den Teilnehmerstaaten, die sich hierbei der Hilfe der Mineralölwirtschaft bedienen sollen. Der IEA kommt lediglich vorbereitende und kontrollierende Funktion zu.

Zur Abwicklung des Krisenprogramms soll ein sehr weitreichendes Informationssystem über den Mineralölmarkt geschaffen werden, das alle im Geltungsbereich dieses Abkommens tätigen Mineralölgesellschaften zur regelmäßigen Information über Angebots- wie Nachfrageentwicklung, Kosten, Preise, Gewinne, Investitionen u. a. m. verpflichtet. Dieses in Abstimmung mit der Mineralölwirtschaft zu entwickelnde Informationssystem soll aber auch die für die Entwicklung einer Politik zur Re-

duzierung der Abhängigkeit von Ölimporten notwendige Transparenz auf dem Mineralölmarkt sicherstellen.

Der Zielsetzung, in multilateraler Zusammenarbeit langfristig die Abhängigkeit der Energieversorgung von Mineralölimporten zu reduzieren, dienen einmal aufeinander abzustimmende Programme der Mitgliedstaaten, daneben aber auch gemeinsam zu entwickelnde Maßnahmen, und zwar in den Bereichen rationelle Energieverwendung sowie Entwicklung alternativer Energiequellen einschließlich Urananreicherung und Uranversorgung sowie Forschung und Entwicklung.

Es ist vorgesehen, bestimmte Programme gemeinsam zu finanzieren; eine Verpflichtung zur Beteiligung besteht für den einzelnen Teilnehmerstaat des IEP jedoch nicht.

Signalwirkung auf die Förderländer

Mit dem vorliegenden Programm haben die wichtigsten Industrieländer unter dem Druck der Entwicklung auf dem Weltmineralölmarkt zum ersten-

Neu erschienen:

ÖSTERREICHISCHE PARTNER DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Die nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen

Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe, neu herausgegeben von Dr. Hermann Krobath.

Band I, zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Wien 1975. 160 Seiten, Preis öS 120,--.

Aus dem Inhalt:

- o Darstellung der ca. 50 wichtigsten österreichischen Entwicklungshilfeorganisationen (kirchliche, partei- und interessenvertretungsorientierte und sonstige Organisationen)
- o Organisatorischer und personeller Aufbau
- o Art, Umfang und Einsatzländer der Tätigkeit
- o Technische Hilfe, humanitäre und Sozialhilfe, Stipendien und Studentenbetreuung, Einsatz von Experten und Entwicklungshelfern
- o Finanzierungsquellen und Leistungsvolumen
- o Ausführliche Einleitung, Tabellen, Register

ÖFSE

Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe
A-1090 Wien, Türkenstraße 3/III, Tel. 34 01 51(52)

mal für wichtige Bereiche ihrer Energiepolitik eine gemeinsame Grundlage geschaffen. In seinen am weitesten fortgeschrittenen Teilen – dem Krisenprogramm – trägt das IEP rein defensiven Charakter. Dennoch kann die Signalwirkung auf die Förderländer nicht übersehen werden. Sowohl die Präambel wie auch Kapitel VIII des Übereinkommens bringen aber zum Ausdruck, daß die mit Krisenmechanismus und Politik der Reduzierung der Abhängigkeit von Ölimporten eingeleiteten gemeinsamen Anstrengungen der Verbraucherländer nicht gegen die Ölförderstaaten gerichtet sind und eine Konfrontation nicht beabsichtigt ist. Beide Maßnahmengruppen sollen vielmehr der Vorbereitung eines fruchtbaren Dialogs zwischen Verbraucherländern und Förderstaaten zur Einleitung eines fairen Interessenausgleichs dienen, da nur hiervon ein längerfristig beide Seiten befriedigendes Verhältnis erwartet werden kann. Gleichzeitig ist jedoch auch unverkennbar, daß mit harmonisierter Verbrauchseinschränkung und Entwicklung anderer Energiequellen die Abhängigkeit vom OPEC-Öl gelöst werden soll, um eine zumindest noch weitergehende Ausnutzung der Macht des Anbieterkartells zu begrenzen, diese möglichst zu reduzieren und die von der OPEC durchgesetzten Preissteigerungen längerfristig teilweise wieder rückgängig zu machen und die mit dem Vorgehen der Förderstaaten für die Weltwirtschaft verknüpften Probleme zu lösen.

Zusammenarbeit mit den Ölgesellschaften

Allein die Ankündigung eines Krisenprogramms, wie dem des IEP, kann schon verhindern, daß bei – auch in Zukunft kaum auszuschließenden – Unterbrechungen der Ölversorgung wiederum einzelne Verbraucherländer, wie während der letzten Krise, willkürlich mit einem Embargo belegt werden. Gleichzeitig dürfte die Absicht, in allen Ländern simultan einsetzende Maßnahmen zur Reduzierung des Verbrauchs entwickeln und eine Notreserve aufbauen zu wollen, die Bereitschaft reduzieren, neue Krisen zur Durchsetzung weitergehender finanzieller Forderungen zu provozieren. Es fragt sich allerdings, warum das IEP sich nicht zu einem höheren Grad der Krisenvorsorge, als ohnehin schon in einer Reihe wichtiger Länder gegeben, durchringen konnte.

Entscheidende Voraussetzung zum Gelingen einer Ölumverteilung dürfte die Zusammenarbeit der IEA mit der Mineralölwirtschaft sein. Die Bewährung für das Krisenprogramm steht noch aus. Es ist nur zu hoffen, daß rechtzeitig die entsprechenden Mechanismen entwickelt und die Zusage zur Zusammenarbeit seitens der Mineralölwirtschaft gewonnen werden können und diese im Krisenfall nicht an kurzfristigen nationalen Interessen scheitern.

Schon in früheren Versorgungskrisen wurde durch die Mineralölgesellschaften eine Ölumverteilung vorgenommen und zwar unbürokratisch und quasi automatisch. Dieses Vorgehen hatte jedoch den Nachteil, daß Öl zwar zur Stelle höchster Wertschöpfung floß, was für Länder – wie die Bundesrepublik –, die ihr Preissystem wirken ließen, das Ölangebot erhöhte, bei anderen Ländern aber angesichts einer kurzfristig relativ begrenzten Angebotsflexibilität gleichzeitig zu einer Reduktion geführt haben muß. Neben diesem Aspekt ist nicht auszuschließen, daß – insbesondere bei schweren Krisen – die Ölumverteilung politischem Druck seitens der Regierungen jener Länder ausgesetzt wäre, in denen die Muttergesellschaften der die Bundesrepublik versorgenden Ölgesellschaften beheimatet sind. Schließlich war bisher die Ölumverteilung auf jene Ölmengen beschränkt, die aus noch fördernden Exportländern stammten, heute gilt sie – zumindest theoretisch – auch für die inländische Förderung z. B. der USA. Damit, vor allem aber auch durch Aufbau und Nutzung einer Notstandsreserve in allen Teilnehmerländern, wächst das insgesamt zur Verfügung stehende Krisenüberwindungspotential beträchtlich an.

Die Bundesrepublik wird für das höhere (?) Maß an Sicherheit der Versorgung in zukünftigen Krisen einen Preis zu zahlen haben, der in der energiepolitischen Diskussion m. E. bisher noch nicht genügend Berücksichtigung fand: Rühmt sich, sicherlich z. T. zu Recht, die Bundesregierung, die Überwindung der jüngsten Versorgungskrise sei – wieder einmal – dem Wirkenlassen des freien Spiels der Marktkräfte mit dem angebotsausweidenden, nachfragedämpfenden Effekt steigender Preise zuzuschreiben³⁾, so stellt sich bei kritischer Würdigung des Krisenprogramms des IEP die Frage, ob nicht in der nächsten Ölkrise auf den Einsatz marktkonformer Maßnahmen verzichtet werden wird.

Theoretisch wäre es zwar vorstellbar, auch mit Wirkenlassen des Preismechanismus die vertraglich festgelegte Ausschaltung der Nachfrage zu erreichen. Da aber eventuelle zusätzliche Importe unmittelbar wieder verrechnet würden, wäre trotz Preisanstieg keine Verbesserung der gesamten Angebotssituation in der Bundesrepublik erreichbar. Es ist kaum damit zu rechnen, daß in einer solchen Situation der bereits während der letzten Krise ertönte Ruf nach Höchstpreisvorschriften unterdrückt werden könnte. Daher sollte m. E. geprüft werden, ob sich in dieser Situation nicht der Einsatz einer genau dosierten Krisensteuer, deren Aufkommen wieder als Subvention (für Umsteller

³⁾ Eine Reihe günstiger Umstände, wie milde Witterung, rückläufige Konjunktur und strukturelle Probleme in einzelnen Branchen dürften hierbei ebenfalls nicht übersehen werden.

auf andere Energieträger) oder als Transfer-Zahlung (an sozial schwache Bevölkerungskreise) dienen könnte, zu empfehlen wäre. Eine ganz andere Frage ist zweifellos, ob die Bundesrepublik in einer zukünftigen Ölversorgungskrise noch einmal isoliert (marktwirtschaftlich) vorgehen könnte oder ob ihr nicht ein parallel geschaltetes Verhalten von den anderen Partnerstaaten aufgezwungen würde.

Sofern aber auf marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien verzichtet werden soll oder muß, ist in jedem Falle zu empfehlen, bereits frühzeitig Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung kritisch auf Vor- und Nachteile hin zu überprüfen und auch als Alternative Kosten und Nutzen höherer Notstandsreserven abzuwägen.

Schließlich wirft die zur Abwicklung des Krisenprogramms eingeführte außerordentlich weitgehende Informationspflicht für die Mineralölwirtschaft, die bereits erhebliche Vorbehalte angemeldet hat, die Frage auf, ob hiermit nicht die Gefahr internationalen Dirigismus im Energiebereich, auch in Nichtkrisenzeiten, verbunden ist.

Längerfristige Aspekte

Die dem zweiten Zielkomplex des IEP zugrundeliegende Philosophie ist klar: Lösung der ölpreisbedingten Probleme der Volkswirtschaften der westlichen Welt möglichst durch Senkung des Ölpreisniveaus und Reduzierung der Gefahren fortbestehenden oder sich noch verstärkenden Machtmißbrauchs des Ölanbieterkartells. Mittels rationaler Energieanwendung und Erhöhung des Angebots alternativer Energiequellen soll die Nachfrage nach Importöl gedämpft werden.

Darüber hinaus wird möglicherweise aber auch die Auffassung der OPEC-Staaten erschüttert, ein Verzicht auf Ölförderung heute zugunsten einer Ölförderung in Zukunft werfe in jedem Falle die höhere Rendite ab. Unsichere Erwartungen über zukünftige Erlöse angesichts der vorgesehenen Ölverbrauchseinschränkung, der schon heute einsetzenden und im IEP noch verstärkt angestrebten Entwicklung alternativer Energiequellen und deren eventuelle Absicherung bedeuten für die Ermittlung des Gegenwartswertes heutiger Förderung, daß ein hoher Kalkulationszinsfuß seitens der Förderstaaten einzusetzen ist, der eine Fördersteigerung induzieren müßte. Würde hiervon andererseits das gegenwärtige Ölpreisniveau gefährdet, so dürften bereits feststellbare Bemühungen um eine Angebotsverknappung verstärkt werden, um hohe Einkünfte eher über eine Quotierung des Angebots denn über Preissenkung und Mengenexpansion anzustreben. Damit besteht zweifellos die Gefahr, daß das IEP insofern zum

Aufbau eines bilateralen Monopols führt, von dem keine stabilisierende Wirkung auf die Mineralölversorgung insgesamt erhofft werden kann.

Hier zeigt sich die Bedeutung der im IEP ausdrücklich angestrebten Kooperation mit den Förderstaaten. Das Programm enthält eine Reihe von Aussagen, die auch in den Förderstaaten entsprechende Würdigung finden sollten; vor allem die Zielsetzung, langfristig zu einem beide Seiten befriedigenden Verhältnis zu gelangen, was darin zum Ausdruck kommt, daß „eine gesicherte Energieversorgung zu vernünftigen und gerechten Bedingungen“ anzustreben sei (nicht etwa zu minimalen Kosten), aber auch in dem Angebot, „nach Möglichkeiten und Methoden der Förderung eines stabilen internationalen Ölhandels . . . zu suchen“ und „Aussichten für eine Zusammenarbeit bei der beschleunigten Industrialisierung und sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den wichtigsten Fördergebieten“ zu prüfen. Angesichts dessen ist die völlig ablehnende Haltung der Förderländer nur so zu verstehen, daß die Aufnahme eines Dialogs für diese Staaten (noch?) nicht sinnvoll erscheint, da dieser lediglich zu einer kurzfristigen Verschlechterung der Situation für die Förderstaaten führen würde. Die längerfristigen Perspektiven werden hierbei offenbar völlig außer Betracht gelassen.

Ungelöste Fragen

Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres ist offenkundig, daß die IEA-Mitgliedstaaten zunächst Fakten schaffen müssen, bevor Verhandlungen beginnen können. Alle Darstellungen, welcher Schaden sich für die Volkswirtschaften der westlichen Welt ergeben würde, alle Hinweise auf das gemeinsame Interesse aller Staaten an stabiler weltwirtschaftlicher Entwicklung haben die Förderländer nicht davon abhalten können, im Laufe des Jahres 1974 eine weitere drastische Verteuerung des Öls durchzusetzen. Erst die weit hinter den erwarteten Zuwachsraten und Produktionsmöglichkeiten zurückbleibende Nachfrage⁴⁾ scheint den Preisaufrtrieb einzugrenzen, wie sich in der Bereitschaft einer Einfrierung des Ölpreises für 1975 sowie in der inzwischen durch Einräumung von Zahlungszielen und Inflationierung eingetretenen realen Ölpreissenkung um bis zu 20 % zeigt.

Hier aber liegt das Problem. Nicht umsonst sind die Bestimmungen über die längerfristigen energiepolitischen Ansätze des Programms so kurz. Sie sind eher programmatisch formuliert, bedürfen der Interpretation und Ausfüllung.

⁴⁾ Die freie Produktionskapazität im OPEC-Bereich ist heute auf 15-20 % zu veranschlagen.

Dieser Prozeß ist in vollem Gange. Eine Reihe von Arbeitsgruppen hat die Tätigkeit aufgenommen und wird im Laufe dieses Jahres Vorschläge für gemeinsame Maßnahmen unterbreiten. Aber schon kündigen sich auch erhebliche Probleme an: Wer kann die Risiken eventuell unrentabler Energiealternativen bei Preissenkungen für OPEC-Öl tragen, wie können diese kompensiert werden? Welche Probleme administrativer, finanzieller, fiskalischer, wettbewerbs- und industriepolitischer Art entstehen hieraus? Gibt es überhaupt gemeinsame Lösungen angesichts stark unterschiedlicher Standpunkte zwischen den Teilnehmerstaaten? Wie kann das Free-rider-Problem gelöst werden, d. h. Nutzen und Kosten möglichst gleichmäßig in den einzelnen Ländern verteilt werden?

Bereits heute zeichnen sich erhebliche Gegensätze innerhalb der IEA ab. Angesichts dessen darf das Ziel nicht zu hoch gesteckt werden, um es nicht von vornherein zu gefährden. Die größten Erfolgchancen besitzen zweifellos Maßnahmen, deren Nutzen unmittelbar jedem Teilnehmerstaat

zufließt, wie Maßnahmen zum rationelleren Einsatz von Energie, deren „Kosten“ begrenzt bleiben. In diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, wie der Plan einer generellen Öleinsparung in den IEA-Mitgliedstaaten in die Tat umgesetzt werden soll. Deuten sich hier weitgehende Eingriffe dirigistischer Art an, die möglicherweise unreflektiert und ohne Berücksichtigung der damit verknüpften Konsequenzen Öleinsparung erzwingen, oder wird man sich lediglich im Rahmen des ohnehin durch die Marktkräfte und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung Erreichten bewegen?

In den USA scheiterten bisher alle von der Exekutive vorgelegten energiepolitischen Vorschläge im Kongreß, und es bestehen erhebliche Zweifel, ob sich angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse hieran so schnell etwas ändern wird. In den anderen Staaten wächst daher die Skepsis, und deren Anstrengungen werden nicht gerade beflügelt. Dies ist um so bedeutsamer als in den USA sicherlich zu Recht das absolut und relativ größte Einsparungspotential vermutet wird.

Erhebliche Probleme dürfte auch die Entwicklung von Energiealternativen einschließlich gemeinsamer Forschung und Entwicklung aufwerfen, zumal hiermit i. d. R. nicht unbeträchtliche Finanzierungsverpflichtungen verknüpft sein werden und sich mancher Teilnehmerstaat vorstellen mag, von den Anstrengungen in den anderen Staaten direkt oder indirekt über die Auswirkungen auf den Ölpreis profitieren zu können. (Bezeichnenderweise besteht in diesem Bereich auch keine Verpflichtung zum gemeinsamen Vorgehen).

Schutz für Energieinvestitionen

Weitgehende Einigung scheint darüber zu bestehen, daß die Kosten der Entwicklung alternativer Energieträger z. T. erheblich über den Produktionskosten für Öl in den OPEC-Staaten liegen und daß die außerordentlich geringe Kostendeterminiertheit des heutigen Preises für OPEC-Öl, die relativ geringe Abhängigkeit eines größeren Teils der Förderstaaten von kontinuierlichen Öleinkünften sowie die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft in diesen Ländern jederzeit eine ruinöse Konkurrenz gegenüber alternativ entwickelten Energiequellen zulassen, so daß es eines irgendgearteten Schutzes von entsprechenden Investitionen außerhalb der OPEC-Staaten bedarf.

Gegen die in diesem Zusammenhang inzwischen von allen IEA-Mitgliedstaaten dem Grunde nach akzeptierte Einigung über die Einführung eines Mindestpreises für Importöl bestehen jedoch erhebliche Bedenken. Diese beziehen sich vor allem

Frankfurter Zeitung

BLICK DURCH DIE WIRTSCHAFT

Herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Das unentbehrliche Wirtschaftsblatt

Der monatliche Bezugspreis für den Blick durch die Wirtschaft beträgt 25,- DM im Inland, 27,- DM im Ausland.

Senden Sie das täglich erscheinende Wirtschaftsblatt ab sofort an folgende Anschrift:

Blick durch die Wirtschaft, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 2901

auf die Unvereinbarkeit der Einführung von Mindest- (wie Höchst-)preisen mit einer Wirtschaftsordnung marktwirtschaftlichen Typs, da hierdurch bei Sinken des Marktpreises unter den Schwellenpreis (und nur für diesen Fall ist eine Einführung relevant) der Preis als Knappheitsindikator seine Lenkungsfunktion verliert. Darüber hinaus bestehen auch erhebliche Zweifel, ob die dem Mindestpreis zugeschriebenen positiven Wirkungen auf die Entwicklung von Alternativen in jedem Falle zutreffen; angesichts der in der Bundesrepublik z. B. vorliegenden Verhältnisse dürften auch von einem sehr hohen (über dem gegenwärtigen) Marktpreis liegenden Mindestpreis nur in geringerem Maße zusätzliche Energieträger, und zwar erst ab etwa Mitte des kommenden Jahrzehnts, zu erwarten sein. In anderen Ländern (z. B. Großbritannien, USA, Norwegen) liegen wesentlich günstigere Bedingungen vor. Bisher ist aber nicht sichergestellt, daß die Bundesrepublik zu diesen Quellen freien Zugang hat. Die bei einer Entwicklung dieser Ressourcen zu erwartende Entlastung des Weltölmarktes löst für ein Land wie die Bundesrepublik nicht das Sicherheitsproblem, und ein möglicher Angebotsdruck würde voraussichtlich nur sehr schwer zu einem unter den Schwellenpreis sinkenden Ölpreis führen, der im übrigen wahrscheinlich eine allgemeine Anpassung des gesamten Energiepreisniveaus nach sich ziehen würde.

Nach Ablauf der Ausreifungszeit von Investitionen in alternative Energiequellen besteht insbesondere bei hohem Schwellenpreis zudem die Gefahr eines Überangebots, das weitere dirigistische Eingriffe in den IEA-Staaten erzwingen würde, in jedem Falle aber die langfristigen Absatzaussichten der OPEC-Staaten erheblich verschlechtern müßte und daher hier auf erhebliche Kritik stoßen wird, obwohl gerade Vertreter dieser Staaten in der Vergangenheit zur Entwicklung aller verfügbaren Energieressourcen aufgerufen haben.

Unklar und problematisch sind aber nicht nur die Höhe des Mindestpreises, sondern auch die Modalitäten seiner Handhabung. Soll sich der Mindestpreis nur auf Rohöl beziehen? Was ist in diesem Falle mit Drittlandsöl z. B. aus der UdSSR oder auch aus anderen Nicht-OPEC-Staaten? Wie werden die Importe von Produkten behandelt? Gibt es Umgehungsmöglichkeiten? Wie soll der Mindestpreis gehandhabt werden, ohne daß es zu einem völligen Ausschluß des Wettbewerbs kommt und der administrative Aufwand ausufernd?

Da zu vermuten ist, daß die mit der Einführung eines Mindestpreises verbundenen Probleme mit zunehmender Höhe steigen, sollte m. E., wenn schon als Datum zu akzeptieren, ein möglichst

niedriges Niveau angepeilt werden, zumal dieses die größeren Realisierungschancen nicht nur in „energiearmen“ Ländern wie Japan, Italien und der Bundesrepublik, sondern angesichts der gegenwärtigen Kräfteverteilung im Kongreß auch in den USA besitzt.

Vorzuziehen wären jedoch individuell handhabbare, jederzeit kontrollierbare Subventionsstrategien oder auch eine Lösung in Form einer für alle Staaten gültigen, nicht zu hohen Abgabe auf Mineralöl-Importe, wobei aus diesem Aufkommen ein gemeinsamer Fonds gespeist werden könnte, der der Finanzierung von Investitionen in alternative Energiequellen oder Forschungsprojekten dient. Jedes Teilnehmerland könnte entsprechende Projekte vorschlagen, die dann in der Reihenfolge der höchsten Nettoergiebigkeit zum Zuge kommen sollten. Dies würde natürlich voraussetzen, daß allen Teilnehmerstaaten gleicher Zugang zu allen diesen Quellen offenstände.

In diesem Zusammenhang muß leider festgestellt werden, daß das IEP keinerlei Empfehlungen enthält, die bestehenden oder z. Z. sogar neu errichteten Handelshemmnisse im Energiebereich zwischen den Teilnehmerstaaten abzubauen und geeignete Voraussetzungen (auch steuerlicher Art) für einen maximalen Ausbau inländischer Energieträger zu schaffen. Nur mit einer solchen Politik kann sichergestellt werden, daß die kostengünstigsten Alternativen entwickelt werden und der Ressourcenverzehr begrenzt wird, der als Folge der Anpassungspolitik der Verbraucherländer, weltwirtschaftlich betrachtet, erhebliche Wohlfahrtsverluste impliziert.

An dieser Erkenntnis orientiert sich auch die Auffassung, das Kooperationsangebot des IEP an die Förderländer als eine der wesentlichen langfristigen Aufgaben und Krisenmechanismus wie Langfristprogramm mehr als Meilensteine auf dem Weg zu einem beide Seiten befriedigenden Verhältnis anzusehen, das allein Grundlage langfristiger Beziehungen sein kann. Daneben aber sollte berücksichtigt werden, daß durch den Ausbau bzw. Aufbau von Marktmechanismen wie z. B. die Etablierung von weltweiten Rohölterminmärkten, die durch Sanktionsmechanismen und Einbettung in internationale Abkommen abgesichert werden könnten, möglicherweise einfache und wirkungsvolle, den Ansprüchen von Verbraucher- wie Förderländern entsprechende Beziehungen aufgebaut werden könnten, die deshalb in jedem Falle das IEP ergänzen sollten. Das Scheitern der Pariser Vorkonferenz sollte daher nur als Unterbrechung, nicht aber als endgültiger Abbruch des notwendigen Dialogs zwischen Förder- und Verbraucherstaaten angesehen werden.